

A portrait of Bill Clinton, an older man with white hair, wearing a dark blue suit, a light blue shirt, and a patterned tie. He is looking directly at the camera with a slight smile.

BILL CLINTON

Es gibt viel zu tun

Warum wir kluge Politik für eine
starke Wirtschaft brauchen

BILL CLINTON

Es gibt viel zu tun

Warum wir kluge Politik für eine
starke Wirtschaft brauchen



Die Originalausgabe erschien unter dem Titel
Back to Work
ISBN 978-0-307-95975-1

Copyright der Originalausgabe 2011:
© William Jefferson Clinton. All rights reserved. Published in the United States
by Alfred A. Knopf, a division of Random House of Canada Limited, Toronto.

Copyright der deutschen Ausgabe 2012:
© Börsenmedien AG, Kulmbach

Übersetzung: Dr. Tilman Kleinau
Umschlaggestaltung und Herstellung: Johanna Wack, Börsenmedien AG
Umschlagfoto: Andrew Hetherington, 2011/Redux
Gestaltung und Satz: Jürgen Hetz, denksportler Grafikmanufaktur
Lektorat: Stefanie Barthold
Druck: CPI – Ebner & Spiegel, Ulm

ISBN 978-3-864700-17-0

Alle Rechte der Verbreitung, auch die des auszugsweisen Nachdrucks,
der fotomechanischen Wiedergabe und der Verwertung durch Datenbanken
oder ähnliche Einrichtungen vorbehalten.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

BÖRSEN  MEDIEN
A K T I E N G E S E L L S C H A F T

Postfach 1449 • 95305 Kulmbach
Tel: +49 9221 9051-0 • Fax: +49 9221 9051-4444
E-Mail: buecher@boersenmedien.de
www.plassen.de

Inhalt

| | |
|-------------------|---|
| <i>Einleitung</i> | 7 |
|-------------------|---|

TEIL I / WO WIR STEHEN

| | |
|---|-----|
| 1. Unsere 30 Jahre währende kritische Haltung gegenüber der Regierung | 13 |
| 2. Die Wahl von 2010 und ihre Bedeutung für die Geschichte der regierungsfeindlichen Politik | 31 |
| 3. Warum wir eine Regierung brauchen | 65 |
| 4. Was machen wir mit den Schulden? | 75 |
| 5. Wie stehen wir heute da? Ein Vergleich mit unserer eigenen Geschichte und unseren heutigen Wettbewerbern | 109 |

TEIL II / WAS WIR TUN KÖNNEN

| | |
|---|-----|
| 6. Wie machen wir Amerika wieder zukunftsfähig? | 145 |
| <i>Nachwort: Die Stunde der Entscheidung</i> | 229 |
| <i>Danksagung</i> | 235 |

Einleitung

ICH HABE DIESES BUCH GESCHRIEBEN, weil ich mein Land liebe und mir Sorgen um unsere Zukunft mache. Ich habe es schon 1992, als ich mich um die Präsidentschaft bewarb, des Öfteren gesagt: Amerika ist im Kern eine Idee – egal, wer Sie sind oder woher Sie kommen, wenn Sie hart arbeiten und sich an die Spielregeln halten, haben Sie die Freiheit und die Chance, Ihren eigenen Träumen nachzugehen und Ihren Kindern ein Land zu hinterlassen, in dem sie dies ebenfalls tun können.

Diese Überzeugung hält sich hartnäckig unter den mehr als 15 Millionen Menschen, die bei uns arbeitslos sind oder nur einen Teilzeitjob haben, aber ganztags arbeiten müssen, um sich und ihre Familien ernähren zu können. Sie muss wie ein Märchen klingen für die wachsende Anzahl Männer und Frauen, die schon seit mehr als sechs Monaten arbeitslos sind und nicht mal zu einem einzigen Bewerbungsgespräch eingeladen werden, als wären sie daran schuld, dass wir die

schlimmste Rezession seit der Depression von 1929 haben. Arbeiten heißt mehr als nur seinen Lebensunterhalt verdienen, so wichtig das auch sein mag. Arbeiten ist von grundlegender Bedeutung für die Menschenwürde, für unser Selbstwertgefühl als nützliche, unabhängige und freie Menschen. Ich selbst habe mein erstes Geld im Alter von zwölf Jahren mit Rasenmähen verdient. Mit 13 Jahren habe ich in einem kleinen Lebensmittelgeschäft gearbeitet und dort einen Ständer mit Secondhand-Comichüchern aufgestellt. Bis zum Ende meiner Collegezeit habe ich insgesamt sieben weitere Jobs gehabt, bis zum Abschluss meines Jurastudiums noch einmal sieben andere. In den letzten vier Jahrzehnten hatte ich insgesamt neun weitere Jobs inne, meine eigene Stiftung und andere karitative Ehrenämter nicht mitgezählt. Die meisten meiner frühen Jobs dauerten nicht lange. Ich mochte sie nicht alle. Aber ich habe in jeder dieser Tätigkeiten etwas gelernt – über die Arbeit an sich, über den Umgang mit Menschen und darüber, wie man seinen Arbeitgebern und Kunden das gibt, was ihnen wertvoll genug ist, dass sie einen dafür bezahlen. Ich wurde erwachsen in dem Glauben, dass ich immer in der Lage sein würde, meinen Lebensunterhalt zu bestreiten, was auch passiert. Dieser Glaube wurde zu einem wichtigen Bestandteil meiner Identität und brachte mich dazu, einen Großteil meines Lebens als Erwachsener damit zu verbringen, zu versuchen, anderen Leuten die Chance zu geben, dasselbe zu tun. Es bricht mir das Herz, so viele Menschen zu sehen, die in einem Spinnennetz von aufgezwungener Untätigkeit, tiefen Schulden und nagenden Selbstzweifeln gefangen sind. Wir müssen daran etwas ändern – und wir können es.

Auf diesen wenigen Seiten möchte ich versuchen zu erklären, was in den vergangenen 30 Jahren in unserem Land geschehen ist, warum unser politisches System die Herausforderungen nicht besser angehen konnte, warum eine Regierung trotzdem wichtig ist und was sie tun sollte. Ich will mein Bestes tun, um Ihnen zu erklären, welche Wahlmöglichkeiten wir jetzt haben, unsere Wirtschaft wieder zu beleben

und mit unserem langfristig bestehenden Schuldenberg umzugehen. Ich bin der Ansicht, dass die bisher nur schemenhaft sichtbare Staatsverschuldung ein großes Problem ist, das erst dann zufriedenstellend gelöst werden kann, wenn die Wirtschaft wieder wächst. Mit Wachstum meine ich aber nicht das weitgehend am Arbeitsmarkt vorbeigegangene statistische Wachstum des ersten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts mit stagnierenden Löhnen, steigender Armut, zunehmender Verschuldung der Privathaushalte und 90 Prozent Einkommenszuwachs für die oberen 10 Prozent. Ich möchte ein Wachstum nach Art des amerikanischen Traumes haben – mit vielen neuen Firmen, gut bezahlten Jobs und einer führenden Rolle Amerikas in neuen Branchen wie sauberer Energie und Biotechnologie.

Wenn wir nicht wieder ein robustes Wirtschaftswachstum hinbekommen, bleiben wir noch viele Jahre lang in dieser Misere gefangen, und nichts von dem, was wir tun können, wird unser langfristiges Schuldenproblem wirklich lösen können – so sehr wir es auch versuchen. Kurzum: Wir müssen Amerika wieder zukunftsfähig machen.

TEIL I

Wo wir stehen

KAPITEL 1

Unsere 30 Jahre während kritische Haltung gegenüber der Regierung

ICH HABE MICH NACH DEN HALBZEITWAHLEN von 2010 dafür entschieden, dieses Buch zu schreiben, nicht weil meine eigene Partei eine Schlappe hinnehmen musste, sondern wegen des Hauptthemas dieser Wahl. Die kränkelnde Wirtschaft, die hohen Kosten, die notwendig waren, um zu verhindern, dass aus der Rezession eine ausgewachsene Depression wurde, und die Tatsache, dass die wirtschaftliche Erholung bei vielen Bürgern noch nicht angekommen war – all das sorgte dafür, dass Ärger und Ängste am Wahltag hohe Wellen schlugen, und so etwas geht für die an der Macht befindliche Partei nie gut aus.

Mir machte Sorgen, dass angesichts so vieler von Armut bedrohter Menschen und so vieler Herausforderungen die Wahlsaison nur wenige Gelegenheiten bot für eine ernsthafte Diskussion dessen, was schiefgegangen war, was der Präsident und der Kongress in den letzten zwei Jahren getan beziehungsweise nicht getan hatten, was unsere

beiden großen Parteien in den Jahren 2011 und 2012 tun wollten und welche kurz- und langfristigen Folgen dies haben könnte. Es wurde auch so gut wie nichts Wesentliches gesagt zu den folgenden wichtigen Themen, auf die sich diese Fragen auswirken: Wie wollen wir den amerikanischen Traum im Inland wiederherstellen und aufrechterhalten? Wie können wir die wirtschaftliche, politische und sicherheitspolitische Führung der USA in der zunehmend wettbewerbsintensiven, komplexen, fragmentarisierten und sich ständig verändernden Welt des 21. Jahrhunderts sicherstellen?

Die Wahl jedoch schien in einem Paralleluniversum stattzufinden, inmitten von hohler Rhetorik und wilden, oft unpräzisen Attacken, die mehr Hass als Licht ins Dunkel brachten. Die Republikaner schienen sich zu sagen, dass der finanzielle Zusammenbruch und die darauf folgende Rezession sowie das Unvermögen der USA, innerhalb von weniger als 18 Monaten wieder aus dem tiefen Tal herauszukommen, nur durch zu hohe Steuern, zu hohe Staatsausgaben und zu viele Regulierungsmaßnahmen zustande gekommen seien und dass alles wieder gut werden würde, wenn wir nur das Krebsgeschwür staatlicher Einflussnahme aus unserem Leben und unseren Brieftaschen verbannen könnten. Sie stellten die amtierenden Demokraten im Kongress und den Präsidenten so dar, als seien sie Befürworter von möglichst viel Staat, die Amerika an den Rand der Vernichtung gebracht hätten und uns alle, wenn man sie noch zwei Jahre im Amt ließe, endgültig ins Verderben stürzen würden.

Der Angriff erwies sich während der Wahl als sehr effektiv, aber ich hielt ihn für völlig falsch. Warum? *Erstens trat der Zusammenbruch deshalb ein, weil die Banken zu stark fremdfinanziert waren, weil sie zu viele riskante Geldanlagen getätigt hatten, besonders in Form von Subprime-Hypotheken und den Wertpapieren und Derivaten, die daraus entwickelt wurden, und weil sie mit zu wenig Bargeld ausgestattet waren, um die Risiken abdecken zu können.* Bear Stearns etwa hatten, als sie in Konkurs gingen, ein Verhältnis von Fremd- zu Eigenkapital

von 35 zu 1 – üblich ist für Handelsbanken ein Kapitalverhältnis von 10 oder 12 zu 1, für reine Investmentbanken etwas mehr. Mit anderen Worten: *Es gab nicht genug Kontrolle vonseiten der Regierung, nicht genug Mäßigung der exzessiven Kapitalisierung.*

Zweitens wurde aus dem Zusammenbruch deswegen keine vollständige Depression, weil die Regierung rechtzeitig handelte und den Finanzmarkt vor dem Kollaps bewahrte. Die US-amerikanische Zentralbank, die Federal Reserve, tätigte massive Investitionen in Höhe von 1,2 Billionen Dollar, um den finanziellen Zusammenbruch zu verhindern, inklusive Ankauf von Wertpapieren und Bürgschaften auf Darlehen. Das oft belächelte Troubled Asset Relief Program (TARP) sollte ursprünglich 700 Milliarden Dollar ausgeben und nahm dann tatsächlich gut 400 Milliarden in die Hand. Das Gros des TARP-Geldes wurde zurückgezahlt, nur 104 Milliarden Dollar Rückzahlungen stehen noch aus. In ihrem Artikel in der *Washington Post* vom 8. Juli 2011 schätzen Allan Sloan und Doris Burke, dass das ganze TARP-Programm letztlich nur 19 Milliarden Dollar kosten würde. Sie zitieren eine Untersuchung des Magazins *Fortune*, die zu dem Schluss kommt, dass die Einnahmen der Federal Reserve aus ihren Geldanlagen *den Steuerzahlern einen Nettogewinn aus der Sanierung* zwischen 40 und 100 Milliarden Dollar bescheren werden.

Drittens hatte, den meisten Wirtschaftsstudien zufolge, das Konjunkturprogramm, zusammen mit der Rettung und Restrukturierung der amerikanischen Automobilindustrie, zur Folge, dass die Arbeitslosigkeit in den USA 1,5 bis 2 Prozent niedriger ausfiel, als es ohne es der Fall gewesen wäre. Natürlich schaffte es das Konjunkturprogramm allein nicht, die Wirtschaft wieder auf Normalniveau zu bringen, dazu war es ja auch gar nicht gedacht. Sie können kein Loch von mehreren Billionen in der Wirtschaft mit 800 Milliarden Dollar füllen. Der Anreiz sollte lediglich den Kollaps in Grenzen halten und die wirtschaftliche Erholung einsetzen lassen. Mehr als ein Drittel des Geldes wurde dafür verwendet, für 95 Prozent aller amerikanischen

Familien Steuerentlastungen in Höhe von etwa 800 Dollar zu bezahlen – für die Familien, deren Einkommen in den beinahe acht Jahren vor dem Crash nur bescheiden oder gar nicht gestiegen war. Viele Menschen brauchten das Geld für das Notwendigste. Ungefähr 30 Prozent des Geldes flossen an den Staat und an Gemeindeverwaltungen, um Massenentlassungen von Lehrern, Mitarbeitern des Gesundheitsdienstes, Polizisten und anderen staatlichen und kommunalen Bediensteten zu verhindern. Dieser Teil des Programms zeigte wohl Wirkung: Nachdem die Geldspritze aufhörte, setzten Staat und Gemeinden mehr als eine halbe Million Menschen auf die Straße.

Nur ein Drittel des TARP-Geldes ging in direkte Arbeitsbeschaffungsprogramme, zumeist in Straßen- und Brückenbau und andere infrastrukturell wichtige Bauprojekte, sowie in Anreize, Darlehen und Stipendien zur vermehrten Herstellung neuer ökologisch sauberer Produkte und energieeffizienterer Technologien. Zum Beispiel haben die USA zwischen Januar 2009, als Präsident Obama in sein Amt kam, und den Zwischenwahlen 2010 30 zusätzliche Batteriewerke gebaut oder zu bauen angefangen und damit Amerikas Weltmarktanteil an Batterien für Hybrid- und Elektroautos in weniger als zwei Jahren von 2 auf 20 Prozent erhöht. Nun haben wir die Kapazitäten, um daraus bis zum Jahr 2014 40 Prozent zu machen, falls weiterhin attraktive Anreize geboten werden.

Mit anderen Worten: Der Zusammenbruch trat ein, weil es zu wenig staatliche Aufsicht gab und praktisch keine Zurückhaltung gegenüber riskanten Kreditgeschäften ohne genügend Kapital als Sicherheit. Die Regierung verhinderte mit einer Geldspritze an das Bankensystem, dass aus der Rezession eine Depression wurde, und der wirtschaftliche Abschwung traf weniger Menschen, weil es den Anreiz des Konjunkturprogramms gab, das die Löhne durch eine Steuerkürzung aufstockte, die öffentlich bezahlten Jobs rettete und im privaten Sektor durch Infrastrukturmaßnahmen und Anreize, insbesondere in der Produktion, neue Jobs schuf.

Der Erfolg der Angriffe der Republikaner gegen die Regierung kam für mich doppelt überraschend wegen ihres eigenen Verhaltens in den vorangegangenen acht Jahren. Da hatten sie ebenfalls die Steuern gekürzt und die öffentlichen Ausgaben erhöht, und zwar etwa doppelt so stark, wie ich es während meiner acht Jahre Amtszeit als Präsident getan hatte – mit dem Erfolg, dass sie nur wenige neue Jobs schufen, aber vier Jahre ausgeglichener Budgets und Überschüsse beendeten und *die Staatsverschuldung bereits vor dem finanziellen Zusammenbruch verdoppelten*. Natürlich stimmten sie auch regelmäßig dafür, das Schuldenlimit zu erhöhen, sodass sie wieder Schulden aufnehmen und Ausgaben tätigen konnten, wie sie wollten – eine Praxis, die ich zuvor mit viel Mühe abgestellt hatte.

Als die Demokraten 2007 im Kongress die Mehrheit zurückgewannen, übernahmen sie eine bereits schwere Hypothekenkrise und ein sehr schwaches Arbeitsplatzwachstum. Als Präsident Obama sein Amt antrat, befand sich unser Land bereits mehr als ein Jahr lang in einer Rezession, und der Zusammenbruch der Finanzmärkte im September 2008 verwandelte diese Rezession in den schlimmsten wirtschaftlichen Niedergang seit der Großen Depression, was sowohl die jährliche Neuverschuldung als auch die gesamte Staatsverschuldung noch mehr anwachsen ließ. Es musste etwas geschehen, um den Niedergang zu stoppen. Plötzlich vollzog die regierungskritische Bewegung einen Kurswechsel um 180 Grad: Nachdem die Republikaner acht Jahre lang mit rasantem Tempo immer mehr Schulden aufgenommen hatten, waren sie nun auf einmal dagegen, dass der neue Präsident und der Kongress neue Schulden machten, um der Rezession eine Grenze zu setzen. Stattdessen beschuldigten sie die Demokraten, sie trieben die Neuverschuldung explosionsartig in die Höhe – Schulden, die sie doch durch ihre eigene Politik und den finanziellen Zusammenbruch selbst hervorgerufen hatten.

BESONDERS INTERESSANT war es für mich zu sehen, wie leicht es war, viele Amerikaner, selbst diejenigen, die normalerweise auf

Regierungsprogramme vertrauen, davon zu überzeugen, in die Ver-
teufelung der Regierung mit einzustimmen. So zeigte eine Kamera
einen Kongressabgeordneten, der schweigend einem Meeting in ei-
ner Stadthalle zum Thema Gesundheitsreform zusah, in dem ein
verärgerter Teilnehmer schrie, er wolle nicht, dass sich der Staat „in
meine Medicare einmischt“! In Arkansas, einem US-Staat mit hohem
Anteil der Landwirtschaft, stimmten Farmer, die bis dahin immer
energisch für mehr staatliche Agrarsubventionen eingetreten wa-
ren, gegen die Senatorin Blanche Lincoln, die erste Person aus Ar-
kansas, die den Landwirtschaftsausschuss des US-Senats leitete,
weil sie „für zu viel Einmischung der Regierung“ sei. Soweit ich weiß,
waren ihre Hauptbeiträge zu staatlicher Einmischung, dass sie mehr
Nahrungsmittelzuschüsse für Kinder aus armen Familien bewillig-
te, was übrigens auch den Familien der Farmer half, dass sie für ei-
nen Nachtrag zum Finanzreformgesetz stimmte, der verlangt, dass
die von Wall-Street-Händlern verkauften Derivate genauso transpa-
rent und finanziell abgesichert sein müssen wie die landwirtschaftlichen
Derivate, die Farmer kaufen, um sich gegen Ernte- oder Preis-
verluste abzusichern, und dass sie zur Rettung von mehr als 1.000
Fabrikjobs beitrug, indem sie darauf bestand, dass die US-Regierung
die Regeln gegen unfaire Handelspraktiken verstärkte. Sie stimmte
auch für das neue nationale Gesundheitsgesetz, das, wie Analysen
nach der Wahl zeigen, die Demokraten in republikanisch bestimmten
Wahlkreisen circa 6 Prozent Stimmen kostete. Ich bin bis heute der
Meinung, dass ihr Abstimmverhalten richtig war, insbesondere in
einem Staat wie Arkansas mit seinen vielen nicht versicherten Klein-
unternehmen und berufstätigen Familien, die sich jetzt endlich auch
eine Krankenversicherung leisten können. Aber am Tag der Wahl
sah das alles nach zu viel staatlicher Einmischung aus.

Jetzt, im Jahr 2011, liefern sich Republikaner und Demokraten im
Kongress und im Weißen Haus einen erbitterten Richtungskampf um
die Frage, wie und um wie viel man unsere jährliche Neuverschuldung

begrenzen sollte – und das zu einer Zeit, in der unsere wirtschaftliche Genesung noch auf sehr wackligen Beinen steht. Die Republikaner sagen, sie seien nicht bereit, neue Steuern zu akzeptieren, auch nicht für Staatsbürger mit hohem Einkommen, die fast alle Einkommensgewinne des letzten Jahrzehnts einfahren durften (90 Prozent Gewinne gingen an die oberen 10 Prozent, mehr als 60 Prozent an die obersten 1 Prozent und über 20 Prozent an Menschen mit Jahreseinkommen von über 9 Millionen Dollar) und obendrein viele Steuern erlassen bekamen. Sie waren auch zum Teil schon gegen das Wirtschaftsprogramm, weil die darin enthaltenen Steuerentlastungen nur den unteren 95 Prozent zugutekamen. Monatelang drohten sie einer Erhöhung der Schuldengrenze ihre Zustimmung zu verweigern, die der Regierung erlaubt, Kredite aufzunehmen, um bereits genehmigte Ausgaben zu bezahlen – ein strategischer Zug, der die wirtschaftliche Erholung weiter beeinträchtigen wird. Wenn der Staat sich jemals weigern sollte, seinen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen, würde seine Kreditwürdigkeit herabgestuft. Dann müssten die Amerikaner für alles höhere Zinsen bezahlen – für Kreditkartenkäufe, für Kleinbetriebe, für Hypothekenzinsen für Häuser und Wohnungen, für Autos und für Studiendarlehen. Auch die jährlichen Zinsen des Staates für Neuschulden würden steigen und damit die Gesamtschuldenlast noch vergrößern.

Aus mir unklaren Gründen haben der Präsident und der demokratische Kongress nach den Wahlen im November oder Dezember 2010, als sie noch in der Mehrheit waren, die Schuldenobergrenze nicht erhöht. Wenn man das weiß und die Pflicht des Präsidenten berücksichtigt, sich besondere Mühe zu geben, um einen Zahlungsausfall zu vermeiden, dann hätte die Vereinbarung in letzter Minute Anfang August 2011 zwischen dem Regierungssprecher, den beiden Parteiführern im Senat und dem Weißen Haus, das Schuldenlimit im Gegenzug für Haushaltskürzungen in Höhe von 2,5 Billionen Dollar für die nächsten zehn Jahre zu erhöhen und keine neuen Steuereinnahmen

zu beschließen, viel schlimmer ausfallen können. Das bedeutet 1 Billion Ausgabenkürzungen in den nächsten zehn Jahren, dazu kommt im Frühjahr 2012 eine Vereinbarung, weitere 1,5 Billionen zu streichen, wenn der Kongress bis dahin die Empfehlungen eines Ausschusses von zwölf Mitgliedern, sechs aus dem Senat und sechs aus dem Repräsentantenhaus, je sechs aus beiden Parteien, vorgelegt bekommt. Die Demokraten konnten das Zugeständnis durchsetzen, dass Medicare, Medicaid, die Sozialversicherung und ein maßvoller Anstieg der Pell-Stipendien¹ von der ersten Streichungsrunde ausgenommen werden – ein kleiner Sieg, der gemischte Gefühle hervorruft. Im ersten Jahr, 2012, sollen nur 21 Milliarden von 1 Billion Dollar gekürzt werden, als Zugeständnis an die kränkelnde Wirtschaft. Das ganze Verfahren um Schuldendecke und Schuldenverringering war ein Paradebeispiel für Mark Twains Ausspruch, es gebe zwei Dinge, bei deren Herstellung man den Machern lieber nicht über die Schulter schauen sollte: Würste und Gesetze. Die USA machten in dieser Angelegenheit nach außen hin einen schwachen, konfusen Eindruck, so als wären sie völlig im Schwitzkasten republikanischer Eiferer und die Demokraten unfähig, ihre Mehrheit im Senat zu nützen, um einen größeren, ausgeglicheneren Plan von Kürzungen und Steuern zu beschließen, weil sie früher, als sie noch die Chance dazu hatten, die Schuldendecke nicht angehoben hatten und weil die Anti-Regierungs-Ideologen die Zahlungsverpflichtungen verschleppen wollten, um ihren Willen durchzusetzen. Michele Bachmann, Abgeordnete des Repräsentantenhauses und Tea-Party-Sympathisantin, war sogar für eine Verzögerung der Schuldentilgung und bezeichnete sie als notwendige Dosis „strenger Liebe“.

1) Im Gegensatz zu Studiendarlehen müssen die sogenannten Pell-Stipendien nicht zurückgezahlt werden. Das höchste dieser Stipendien beträgt für das akademische Jahr 2011/12 5.500 Dollar. Der Betrag, den ein Student erhält, bemisst sich nach seiner Bedürftigkeit, den Kosten der von ihm besuchten Hochschule und danach, ob es ein Vollzeit- oder ein Teilzeitstudium ist.